



KVJS

Verbandsversammlung: „Kein Weiter so“

Seite 4

Inklusion
**KVJS auf
der REHAB 2025**

Seite 24

Jugend
**Mehr Flexibilität
für KiTas**

Seite 28

Forschung
**APerTa-BW:
Erste Ergebnisse**

Seite 32

Impressum

KVJS Aktuell
Februar 2025

Herausgeber:
**Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg**
Öffentlichkeitsarbeit
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
www.kvjs.de

V.i.S.d.P.: Sima Arman-Beck

Projektmanagement: Monika Kleusch

Redaktion: Sima Arman-Beck, Julia Holzwarth,
Monika Kleusch, Ulrike von Siegroth

Mit Beiträgen von: Alina Greiner, Andrea Keller,
Nina Lipp, Barbara Milsch, Nadine Paul, Julia Ritter

Titelfoto: Larissa Straub

Layout: www.mees-zacke.de

Bestellungen und Adressänderungen:
Telefon 0711 6375-208, publikationen@kvjs.de

Druck: Hausdruckerei KVJS

Redaktioneller Hinweis:

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet wird. Selbstverständlich beziehen sich die Texte in gleicher Weise auf Frauen, Männer und Diverse.

Inhalt

KVJS

- 4 „Ein Weiter so kann es nicht geben!“
- 6 Inklusive Bildung im Fokus
- 7 Organisationsreferat unter neuer Leitung
- 8 Kristin Schwarz übernimmt LAGöfW-Vorsitz
- 9 Neues von der Quartiersakademie

HABILA

- 10 Die Tannenhof-Werkstatt in Ulm hat einen besonderen neuen Helfer

SOZIALES

- 12 Mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Quartier
- 13 Eingliederungshilfe: Neue Qualifizierungsreihe für die Sachbearbeitung
- 14 Gut gerüstet für eine Tätigkeit als Wohnberater
- 15 Animationsfilm: Der MPD einfach erklärt
- 16 Neue Publikation mit Informationen über Taubblindheit

INKLUSION

- 17 Geschäftsbericht des Inklusions- und Integrationsamts erschienen
- 18 Ausgleichsabgabe und ihre Verwendung für das Jahr 2023
- 20 KVJS macht Weg frei für Beschäftigten mit E-Rollstuhl
- 22 Bienenrettung made in Wachtelhau
- 24 KVJS auf der REHAB 2025
- 25 Spot an! Neue Mini-Serie des Inklusions- und Integrationsamts
- 25 Landespreis für junge Unternehmen: AiS auf Platz zwei

JUGEND

- 26 LJHA: Zukunftsfähige Lösungsansätze im Diskurs
- 27 Regelung zur Verteilung der UMA
- 28 Interview: „KiTas soll noch mehr Flexibilität ermöglicht werden!“
- 30 AuLiD: Arbeiten und Leben in Deutschland
- 31 Jahrestagungen fördern Wissenstransfer und Austausch
- 31 Zwangsverheiratung: Opferschutz sicherstellen

FORSCHUNG

- 32 APerTa-BW: Erste Ergebnisse liegen vor
- 33 Neue Mitglieder im Forschungsbeirat

FORTBILDUNG

- 34 In der KiTa: Sprachbarrieren überwinden
- 34 Tagungszentrum Gültstein: Neue Geschäftsführerin

NEU ERSCIENEN

- 35 Neu erschienen
- 35 Digitalmagazin ZB

„Ein Weiter so kann es nicht geben!“

KVJS-Verbandsversammlung befasst sich mit Zukunft der Daseinsvorsorge

Immer mehr Aufgaben treffen auf immer knapper werdende Ressourcen. Welche Möglichkeiten gibt es, dieses Dilemma aufzulösen oder zumindest abzumildern und wie kann der KVJS seine Mitglieder hierbei unterstützen?



Voll besetzt: Die Verbandsversammlung trat wieder im KVJS-Tagungszentrum Gültstein zusammen.

Erste Antworten fand der KVJS-Verbandsvorsitzende Gerhard Bauer, der in seiner Rede einige zentrale Aspekte benannte: „Kurz- und mittelfristig werden wir um klare Priorisierungen und eine strikte Aufgabenkritik nicht herumkommen. Wir brauchen einfachere Verfahren, Deregulierung, kompromisslose Entbürokratisierung und mehr Raum für Flexibilisierungen vor Ort: Ein Weiter so kann es nicht geben!“

Dabei seien die gewaltigen Herausforderungen nur als Verantwortungsgemeinschaft zu lösen, ergänzte der Verbandsvorsitzende und begrüßte in diesem Zug den Vorstandsvorsitzenden der Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg e.V. (kurz „LIGA“), Marc Gross. Im Anschluss an die Sitzung stellte er Impulse der LIGA zur Zukunft der Daseinsvorsorge vor und sorgte damit für eine Premiere.

Ein Novum bei der Verbandsversammlung

Im Zeichen eines guten Miteinanders wurde erstmalig ein Hauptredner der LIGA zur Verbandsversammlung eingeladen – eine Möglichkeit, die der Vorstandsvorsitzende nutzte, um den Vertreterinnen und Vertretern aus den Stadt- und Landkreisen erarbeitete Thesen für eine krisenfesten und solidarischen Gesellschaft vorzustellen. Ziel des Prozesses sei, strategische Handlungsfelder und -ansätze zu definieren, die in den nächsten Jahren handlungsleitend sein sollen. Die Thesen decken dabei ein breites Spektrum ab. Sie beschäftigen sich unter anderem mit der Frage, wie das notwendige Personal für den sozialen Sektor gewonnen werden kann, wie der Sozialraum koordiniert werden muss, um Wirkung zu erzielen oder auch wieviel Qualität sichergestellt werden muss und kann.

Der Bitte des Vorstandsvorsitzenden, zu den vorgestellten Thesen in den Dialog zu treten, kam die Verbandsversammlung gerne nach, so dass sich nach dem Vortrag eine lebhafte und engagierte Diskussion entspann.

Wie der KVJS zur vielfach angemahnten Flexibilisierung und Entbürokratisierung beitragen kann, wurde im Laufe des Vormittags unter anderem durch die Vorstellung des Modells „KiTaflex“ deutlich. „Es handelt sich hierbei um ein Rahmenkonzept, dass sowohl die Chancengleichheit auf frühkindliche Bildung und Betreuung für alle Kinder in den Blick nimmt und gleichzeitig auf den Fachkräftemangel in diesem Bereich reagieren möchte“, führte Verbandsdirektorin Kristin Schwarz zur Intention von KiTaflex aus (lesen Sie mehr hierzu im Interview auf S. 28).

Wie dem Fachkräftemangel außerdem begegnet werden könne, erläuterte Verbandsvorsitzender

Bauer mit dem Verweis auf Ressourcen, die es stärker zu nutzen gelte, wie zum Beispiel die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Das Inklusions- und Integrationsamt halte vielfältige Unterstützungsangebote für Arbeitgeber vor, um Arbeitsverhältnisse für Menschen mit Behinderung bestmöglich zu gestalten.

Für einen weiteren Hoffnungsschimmer in Richtung Entbürokratisierung sorgte die von der Entlastungsallianz angekündigte Bundesrats-Initiative, die im Hinblick auf die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes prüfen soll, inwiefern Prozesse in der Eingliederungshilfe vom Leistungsverfahren bis zur Leistungserbringung effizienter gestaltet werden können. Tragfähige Ansätze lägen hierzu bereits vor, ergänzte der stellvertretende Verbandsdirektor Frank Stahl.

Sima Arman-Beck

Agnes Christner zur ersten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt

Neben vielen fachlich-inhaltlichen Themen, waren die Mitglieder der Verbandsversammlung aufgerufen, eine neue erste Stellvertretung des Verbandsvorsitzenden zu wählen. Einstimmig votierte das Gremium für Agnes Christner. Die Heilbronner Bürgermeisterin ist somit für die laufende Amtsperiode gewählt, die im Juni 2029 endet.



Verbandsvorsitzender Gerhard Bauer gratuliert seiner neuen ersten Stellvertretenden, Bürgermeisterin Agnes Christner.

Neuer stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Eingliederungshilfe- und Integrationsgesellschaften (AEI)

Auch an der Spitze des AEI stand ein Wechsel an: Martin Ansbacher, Oberbürgermeister der Stadt Ulm, folgt auf seinen Vorgänger Gunter Czisch und wird Stellvertreter des Vorsitzenden, Landrat Joachim Walter aus Tübingen.



Der AEI hat einen neuen stellvertretenden Vorsitzenden: Martin Ansbacher, Oberbürgermeister der Stadt Ulm (links) neben dem langjährigen Vorsitzenden, Landrat Joachim Walter. Fotos: © Larissa Straub

Inklusive Bildung im Fokus

Gut besuchte Jahrestagung fand in Gültstein statt

Mit Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichten sich die Vertragsstaaten, ein integratives Bildungssystem zu gewährleisten. Welche Erkenntnisse bei der Umsetzung bereits gewonnen wurden und welche Erfordernisse sich daraus ableiten lassen, nahm die Sozialdezernententagung in den Blick.



Verbandsdirektorin Kristin Schwarz bei der Begrüßung der Teilnehmenden.

„Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit“, zitierte die Verbandsdirektorin des KVJS, Kristin Schwarz, zu Beginn der zweitägigen Veranstaltung den langjährigen SPD-Parteivorsitzenden Kurt Schuhmacher. Sie versprach, in den kommenden zwei Tagen einige realistische Blicke auf die aktuellen Themen zu werfen. „Dabei möchten wir aber nicht nur den Status Quo beklagen, sondern überlegen, wie es besser gehen kann“, so die Verwaltungschefin zu den Teilnehmenden der Jahrestagung für Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten der Landkreise sowie der Sozialamts- und Jugendamtsleitungen der Stadtkreise.

Wichtige Themen waren unter anderem Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe, die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und – vor allem am ersten der beiden Tage im Mittelpunkt – die Umsetzung schulischer Inklusion.



Volles Haus – die Herausforderungen bei der Umsetzung inklusiver schulischer Bildung brennen vielen Kommunen unter den Nägeln.

Einen möglichen Ansatz stellte Professor Wolfgang Dworschak von der Universität Regensburg vor, der in einem Online-Vortrag sein Modellprojekt „Pool-Modell Schulbegleitung“ vorstellte. Dabei entsteht das Pooling durch Zusammenlegung von Individualhilfen. Ziel ist es, die Maßnahme Schulbegleitung zu flexibilisieren und gleichzeitig passgenaue Unterstützung für Schülerinnen und Schüler zu generieren. Obwohl der fiskalische Aspekt von den Forschenden bewusst ausgeklammert wurde, gab es diesbezüglich zu keinem Zeitpunkt eine Problemanzeige, merkte der Wissenschaftler auf Nachfrage an.

Welche Maßnahmen das Land ergreife, um die schulische Inklusion voranzubringen, stellte der Ministerialdirektor des Kultusministeriums, Daniel Hager-Mann, vor. Dabei verwies er auf das Budget Inklusion an Schulen, das eigens für

diesen Zweck angelegt sei, auf die Weiterführung des Programmes „Lernen mit Rückenwind“ und den Ausbau der alltagsintegrierten Sprachförderung. Zusätzlich habe die Landesregierung das Konzept „Entwicklungsräume Inklusion“ auf den Weg gebracht, das vorgebe, dass sich jede weiterführende Schule für Inklusion bereithalten muss. Um weitere inklusive Bildungsangebote zu schaffen, müsse die Kooperation und

Kommunikation vor Ort jedoch noch kleinteiliger werden, zeigte sich der Ministerialdirektor überzeugt.

Thema Schulbegleitung

In einer sich anschließenden Podiumsdiskussion an der auch Hager-Mann teilnahm, stellten die Vertreterinnen aus den Kommunen, Sozialdezernentin Margit Freund (LK Karlsruhe) und Jugendamtsleiterin Vanessa Völkel (Stadt Freiburg) die aus ihrer Sicht drängendsten Probleme dar. Beispielsweise ging es dabei auch um die Schwierigkeit, überhaupt Schulbegleitungen zu finden. Gleichzeitig wurde die Frage aufgeworfen, ob die Schulen ihrer Verantwortung in ausreichendem Maße nachkommen oder nachkommen können oder ob nicht die Kinder- und Jugendhilfe zu oft als Ausfallbürge funktioniere. Ein Punkt, der in der Runde durchaus kontrovers diskutiert wurde.

Für weiteren Input sorgten die Dezernatsleitungen und weitere Kolleginnen und Kollegen des KVJS in bewährter Weise und boten einen Einblick in aktuell anstehende Projekte und Themen im Zuständigkeitsbereich des Kommunalverbandes.

Sima Arman-Beck



Frank Stahl (stellv. Verbandsdirektor, zweiter von rechts) moderierte die Podiumsdiskussion „Schulen ausstatten oder Kosten erstatten“, an der Sozialdezernentin Margit Freund (ganz links), Jugendamtsleiterin Vanessa Völkel (zweite von links) und Ministerialdirektor Daniel Hager-Mann (ganz rechts) teilnahmen. Fotos: © Justus Heck

Organisationsreferat unter neuer Leitung

Sandra Rasztovics ist seit 1. November 2024 die neue Chefin von Referat 12 – Organisation, IT und Fortbildung des KVJS. Die gebürtige Schwarzwälderin nahm den „klassischen Weg“, wie sie es nennt, über die Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl und stieg nach dem Bachelor in Public Management zunächst am Regierungspräsidium Stuttgart in die Berufswelt ein.

Nach einem berufsbegleitenden Masterstudium wurde die Landeszentrale für politische Bildung ihre nächste Station. Dort leitete sie den Fachbereich Querschnittsaufgaben, Projekte und Digitalisierung mit den Aufgaben Projektmanagement und Digitalisierung. „Der KVJS ist für mich jetzt die nächstgrößere Station, auf die ich mich sehr freue“, sagt die neue Referatsleiterin.



Gut angekommen beim KVJS.

Monika Kleusch Foto: © Monika Kleusch



Das neue und alte Vorstandsduo – Marc Gross (links), nun stellvertretender Vorsitzender neben der ehemaligen Vorsitzenden Dr. Anette Holuscha-Uhlenbrock (Mitte) und der frisch gewählten neuen Vorsitzenden, Kristin Schwarz (rechts im Bild). Foto: © LAGöFW

Kristin Schwarz übernimmt LAGöFW-Vorsitz

Die Mitgliederversammlung der „Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg“, kurz LAGöFW, hat in ihrer Sitzung im November 2024 die Verbandsdirektorin des KVJS, Kristin Schwarz, für die kommenden zwei Jahre zur Vorsitzenden gewählt. Den stellvertretenden Vorsitz übernimmt Marc Groß, Geschäftsführer des Landesverbandes des Deutschen Roten Kreuzes Baden-Württemberg e.V.. Beide Wahlen erfolgten einstimmig. Der Wechsel an der Spitze erfolgt turnusgemäß alle zwei Jahre.

Schwarz folgt auf Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock, Direktorin des Caritasverbandes der Diözese Rottenburg-Stuttgart, die der Landesarbeitsgemeinschaft 2023 und 2024 gemeinsam mit der KVJS-Verbandsdirektorin als stellvertretende Vorsitzende vorstand. „Ich möchte mich herzlich bei



meiner Vorgängerin für ihr Engagement und ihren großen Einsatz der letzten zwei Jahre bedanken“, so die neue Vorsitzende, die die LAGöFW bereits 2021/2022 anführte.

„Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit und werde gemeinsam mit dem stellvertretenden Vorsitzenden das politische Gewicht der LAGöFW nutzen, um den Blick noch stärker auf die Zukunftsfähigkeit und Sicherung der sozialen Daseinsvorsorge zu richten“, skizziert Schwarz die Agenda für die kommenden zwei Jahre.

Sima Arman-Beck

Neues von der Quartiersakademie

Jetzt verfügbar: Neue Podcastfolge und weiterer Expertentalk



Was macht eine gute Partizipation bei der Quartiersentwicklung aus? Wie funktioniert Hitzeschutz unter den Bedingungen der ständig steigenden sommerlichen Temperaturen? Die Quartiersakademie hat wieder interessante Themen im Angebot.

Der nächste Sommer kommt bestimmt. Die Anzahl der heißen Tage pro Jahr nimmt aufgrund des Klimawandels zu. Was können Kommunen tun, um besonders gefährdete Menschen zu schützen? Dieser Frage widmet sich Folge 27 des Podcasts „KnowLAGE“.

Gesprächspartnerin ist Dr. Melanie Weiß. Sie ist Expertin für Sozialmedizin und leitet das Referat „Gesundheitsberichterstattung, Kommunale Gesundheitskonferenz, Gesundheitsförderung, Sucht“ im Landratsamt Rhein-Neckar. Im Gespräch berichtet sie, welche Strategien der Landkreis zum Thema Hitzeschutz entwickelt hat und wie die Umsetzung funktioniert. Es wird klar: das geht nur in Zusammenarbeit mit vielen Akteuren vor Ort.



Foto: © OneClic - stock.adobe.com

Expertentalk Partizipation in der Quartiersentwicklung

In diesem Expertentalk erfahren Sie, was eine gute Partizipation auszeichnet und was zu ihrem Gelingen beiträgt. Die beiden Expertinnen Claudia Peschen vom Gemeindeforschungszentrum Baden-Württemberg und Anni Schlumberger von der Allianz für Beteiligung berichten aus ihrem umfangreichen Praxiswissen. Sie veranschaulichen anhand von Beispielen, warum gute Beteiligungsprozesse im Rahmen von Stadt- und Quartiersentwicklung so wichtig sind. Dabei wird deutlich, dass es nicht auf die Größe der Stadt oder Gemeinde ankommt, sondern auf die Herangehensweise.

Zum Thema, wie Quartiersentwicklung erfolgreich angegangen werden kann, gibt es bei

der Quartiersakademie wieder viele neue und bewährte Fortbildungen. Sie finden diese auf der Webseite www.quartiersakademie.de. Sie können sich dazu auch beraten lassen.

Andrea Keller

Alle Folgen online

Sie finden diese und weitere Expertentalks und Podcastfolgen sowie Informationsmaterial zum Thema auf folgender Webseite der Quartiersakademie beim KVJS: www.quartiersakademie.de/materialien-downloads-und-literatur/



Die Quartiersakademie beim KVJS wird vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg aus Mitteln finanziert, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat.

Dreidimensionale Assistenz

Habila: Die Tannenhof-Werkstatt in Ulm hat einen besonderen neuen Helfer

Neue Möglichkeiten für die Beschäftigten eröffnet eine Investition der Werkstatt. Speziell auf die individuellen Fähigkeiten und das jeweilige Werkstück zugeschnittene Halterungen und Hilfsmittel aus dem 3D-Drucker sorgen dafür, dass viele Arbeiten sicherer und einfacher ausgeführt werden können.

Seit einem guten halben Jahr hat die Werkstatt des Tannenhofs in Ulm einen neuen Mitarbeiter, mit dem sich Produktionsleiter Uwe Schacher sein Büro teilt und eng zusammenarbeitet. Der Kollege agiert fleißig und leise, allerdings muss Uwe Schacher immer mal wieder kontrollieren, dass er keine Fehler macht. Der neue Gehilfe der Werkstatt am Tannenhof Ulm ist ein 3D-Drucker.

„Ich hatte keine Vorerfahrung mit diesen Geräten. Aber ich habe mich gut in die Materie eingefunden und mittlerweile macht mir das Kreieren neuer Werke richtig Spaß“, erzählt Schacher. Zudem hat sich herausgestellt, dass ein anderer Kollege aus Fleisch und Blut das 3D-Drucken als Hobby betreibt. Philipp Keil, angestellt in der Abteilung Klientenservice, freut sich auch jetzt

noch, wenn er zu einem Problem hinzugerufen wird.

Die Hauptaufgabe des Kollegen 3D-Drucker ist allerdings, selbst ein Problemlöser zu sein. Denn er wird eingesetzt, um Hilfsmittel und Vorrichtungen herzustellen, mit denen die Werkstattbeschäftigten ihre Aufgaben besser bewältigen können. Mit dem Blick für die neuen Möglichkeiten dreht Uwe Schacher Runden durch die Arbeitsgruppen, um festzustellen, wo Produktionsschritte leichter und präziser erledigt werden könnten. Nicht mehr Leistung oder höhere Stückzahlen stehen dabei im Mittelpunkt. Es geht vielmehr um Wege, noch mehr Beschäftigten zu ermöglichen, bestimmte Tätigkeiten auszuführen. Wenn die Arbeit leichter von der Hand geht, macht sie auch mehr Spaß.



Sonja Köllner kann Arbeiten in der Werkstatt des Tannenhofs dank einer Haltevorrichtung aus dem 3D-Drucker einfacher und genauer ausführen.

Inzwischen kommen Gruppenleiter auch von sich aus auf den Produktionsleiter zu mit Ideen, wie sich Hürden im Arbeitsalltag mit dem 3D-Drucker beheben ließen. Sobald ein neuer Auftrag herkommt, wird überprüft, ob der Drucker in die notwendigen Produktionsschritte einbezogen werden kann.

Spezialist für individuelle Hilfsmittel

„Der 3D-Drucker war eine prima Investition“, freut sich Werkstattleiterin Anett Wegener. „Es zahlt sich aus, offen für Neues zu sein. Ich bin stolz auf mein Team, das immer wieder kreativ nach Lösungen sucht, um unseren Beschäftigten eine gute Arbeiterfahrung zu bieten.“ Gegenüber bisher häufig verwendeten Hilfsmitteln aus Holz oder Metall sind die gedruckten Vorrichtungen variabler. Der zum Druck verwendete Kunststoff ist in vielen Stärken, Farben und Elastizitäten erhältlich. Es können exakt auf das Produkt abgestimmte Formen hergestellt und, einmal programmiert, beliebig vervielfacht werden. Außerdem ist das Material gleichzeitig leichter und weniger anfällig für Gebrauchsspuren – und weil es keine scharfen Kanten oder Splitter gibt, ist es auch sicherer für die Beschäftigten.

Die Anregung für die Anschaffung kam in einem Austauschtreffen der Produktionsleiter von Werkstätten verschiedener Träger in der Region zustande. Seither sind in der Tannenhof-Werkstatt etliche Halterungen für die spezifi-



Individuell angepasste und für die jeweilige Aufgabenstellung perfekte Hilfsmittel erleichtern die Arbeit. Fotos: © Habla

schen Produkte der Kunden entstanden, aber auch Aufsetzer für Pressen oder Einfassungen für Scheibenelemente. Fertige Anleitungen gibt es in aller Regel nicht. Für jede Aufgabenstellung wird ein Prototyp gedruckt. Anschließend wird die Konstruktion so lange verfeinert, bis sie den gewünschten Zweck erfüllt. Dieser Prozess dauert oft mehrere Tage, aber das Ergebnis bietet langfristig einen großen Mehrwert für die Klientinnen und Klienten.

„Mit diesem Gerät geht die Arbeit viel leichter. Das war eine sehr gute Idee!“, findet auch Sonja Köllner, während sie demonstriert, wie ein Schlauchkopf sich perfekt in die Haltevorrichtung fügt und sie den Barcode-Aufkleber exakt in das dafür vorgesehene Fenster platzieren kann. Sie muss ihre Konzentration nicht mehr darauf verwenden, den Schlauchkopf im passenden Winkel festzuhalten, damit er auf der glatten Tischfläche nicht wegrollt. „Dort drüben wird auch mit einem Ergebnis des Druckers gearbeitet“, weiß sie. Sie geht zu einem anderen Tisch und führt vor, wie leicht sich das Verzinken von Schrauben auf dem Scheibenelement mit der justierbaren Halterung gestaltet.

Beim Schlendern durch die Gruppenräume entdeckt Uwe Schacher etliche Hilfskonstruktionen, die er schon gar nicht mehr im Kopf hatte. Im Gegensatz zu den vielen Plänen und Ideen, die er für den 3D-Drucker noch hat. Die gemeinsamen Büro-Tage sind allerdings gezählt. Bald bekommt der Kollege Drucker seine eigenen Räume. Wird Uwe Schacher seinen Bürokollegen vermissen? „Ein bisschen schon“, lacht er. „Es hat einen entspannenden Effekt, ab und zu herüberzuschauen und den ruhigen Bewegungen des mechanischen Arms und der Farbe zuzusehen.“

Nadine Paul

Mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Quartier

Landesweites Treffen der kommunalen Behindertenbeauftragten

Die Kommunalen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen Baden-Württembergs waren zu Gast im KVJS-Tagungszentrum Gültstein. Die landesweite Veranstaltung stand im Zeichen der Gestaltung und Umsetzung von Inklusion, insbesondere im Quartier.



Auch außerhalb des Sitzungssaals wird die Landestagung gerne für Networking und Austausch genutzt.
Foto: © gAG Kommunale Behindertenbeauftragte

Ein Impulsvortrag des Annelie-Wellensiek-Zentrums für inklusive Bildung stellte die Frage in den Mittelpunkt, wie Menschen mit Behinderung aktiv an der Gestaltung von Strukturen und Angeboten im Quartier mitwirken und ihre Erfahrungen einbringen können. Die Teilnehmenden wurden über Grundlagen der Quartiersarbeit und Möglichkeiten der Partizipation informiert. Dieser Input stand im Zusammenhang mit einem neuen Fortbildungsangebot zur inklusiven Quartiersentwicklung: Die beim KVJS angesiedelte Koordinierungsstelle Quartiersakademie erkannte einen Fortbildungsbedarf und entwickelte das Projekt gemeinsam mit ihrem Kooperationspartner, dem Annelie-Wellensiek-Zentrum. Das Ergebnis ist eine Inhouse-Schulung, bei dem Menschen mit Behinderung als Experten in eigener Sache als Referen-

ten auftreten. Sie richtet sich an Kommunen und interessierte Gruppen und wird auf Antrag von der Quartiersakademie gefördert.

Wichtige Reformen umsetzen

Quartiersentwicklung war nur ein Aspekt unter vielen bei der zweitägigen Veranstaltung. Dezentraler Frank Stahl vom KVJS ging auf die wichtigsten anstehenden Themen ein, wie zum Beispiel Aufgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung der Reform des Betreuungsrechts sowie des Bundesteilhabegesetzes. Stahl wies zudem auf den Schutz vor Gewalt in Einrichtungen der Eingliederungshilfe hin. Damit beschäftigt sich derzeit eine kommunale Arbeitsgruppe unter Federführung des KVJS, an der auch das Landesjugendamt beteiligt ist. Frank

Stahl hatte auch gute Nachrichten im Gepäck: Im Haushalt des KVJS sind künftig mehr finanzielle Mittel zur Unterstützung von Beratungsstellen für hörgeschädigte Menschen vorgesehen. Durch die Erhöhung der Bezuschussung, eine freiwillige Leistung des Verbands, kann das flächendeckende Beratungsangebot für gehörlose und schwerhörige Menschen in allen Stadt- und Landkreisen weiterhin bestehen bleiben.

In der anschließenden Diskussion der Teilnehmenden, darunter auch Vertreter des Gemeindetags und von Seiten des Landes, ging es um die Ziele und Aufgaben der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Was sind Erfolgsfaktoren in Zeiten sich verändernder Rahmenbedingungen und Strukturen in Verwaltung und Gesellschaft? Frank Stahl betonte dabei die Notwendigkeit des „Zusammenführens der Fäden“

im Sinne von Kooperation sowie Vernetzung, Verzahnung und Bündelung von Wissen über Angebote und Rahmenbedingungen.

Julia Holzwarth

INFO

Die nächsten Landestagungen finden am 10. April in Karlsruhe und vom 1. bis 2. Dezember 2025 in Gültstein statt. Infos und Buchung:

www.kvjs.de/fortbildung

Mehr Infos zur Inhouse-Schulung Inklusive Quartiersentwicklung:

www.quartiersakademie.de/nachrichten/nachrichten-detail/zwei-neue-bildungsangebote/



Eingliederungshilfe: Neue Qualifizierungsreihe für die Sachbearbeitung

Der KVJS bietet seinen Mitgliedern ein fachlich fundiertes Fortbildungsangebot, mit dem die Qualifizierung der Fachkräfte in der Eingliederungshilfe landesweit sichergestellt werden soll. Um den aktuellen Bedarf vor Ort aufzugreifen, hat der KVJS nun eine neue Fortbildungsreihe speziell für Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in der Eingliederungshilfe entwickelt. In verschiedenen Modulen werden rechtliche Themenfelder praxisnah und unter Einbezug aktueller Entwicklungen im SGB IX dargestellt. Ein Teil der Module nimmt ergänzend die Zielgruppe des Teilhabemanagements in den Blick.

Die Teilnehmenden erwerben Grundkenntnisse des SGB IX und setzen sich mit dem Leistungsrecht der Eingliederungshilfe auseinander. Sie lernen, die vielfältigen Anforderungen des Verfahrens von der Antragstellung bis zur Leistungs-

erbringung praxisnah umzusetzen. Themen sind außerdem die unterschiedlichen Leistungsvoraussetzungen wie die Anrechnung von Einkommen und Vermögen sowie Basiswissen zum persönlichen Budget. Die Fortbildung gibt auch einen Überblick über die Leistungsarten der Sozialen Teilhabe und vermittelt Kenntnisse zu Erstattungsansprüchen. Darüber hinaus werden Grundlagen zum Verwaltungsakt und Kenntnisse zu Übersetzungshilfen vermittelt.

Julia Holzwarth

INFO

Mehr Informationen und Anmeldung hier:
www.kvjs.de/fortbildung



Gut gerüstet für eine Tätigkeit als Wohnberater

Know-how im Gepäck und Zertifikat in der Tasche

15 Frauen und Männer aus ganz Baden-Württemberg halten seit kurzem ihr Zertifikat in den Händen. Es bescheinigt ihnen umfassende Kenntnisse in der Wohnberatung. In knapp 150 Unterrichtsstunden haben sich die Teilnehmenden theoretische Grundlagen angeeignet und praktische Fähigkeiten gesammelt.

Die Teilnehmer des Zertifizierungskurses zum Wohnberater für Ältere und Menschen mit Teilhabeeinschränkungen befassten sich unter anderem mit Qualitätsstandards, barrierefreiem Bauen, Finanzierungsfragen sowie Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem Umgang mit unterschiedlichen Zielgruppen sowie deren Bedürfnissen und Krankheitsbildern. Darüber hinaus vermittelte der Kurs Know-how zu technischen Assistenzsystemen (AAL), Hilfsmittelversorgung und Wohnungsanpassung für Menschen mit Demenz. „Die Wohnberaterinnen und Wohnberater haben nun frisches Wissen und sind bereit für den Einsatz in der Praxis“, sagt Kursleiterin Julia Jentsch vom KVJS. „Unser Zertifizierungsangebot bietet eine gute Grundlage für eine kompetente und lösungsorientierte Wohnberatung im Land.“

Säule der ambulanten Versorgung

Wohnberatung spielt eine zentrale Rolle in der ambulanten Versorgung von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung. Sie trägt maßgeblich dazu bei, den Verbleib im eigenen Zuhause zu ermöglichen und die Lebensqualität zu steigern. Sie unterstützt sowohl die betroffenen Personen als auch deren Familien und Fachkräfte bei der individuellen Anpassung des Wohnumfelds. Wohnberater begleiten auch die Umsetzung von Maßnahmen und informieren zu alternativen Wohnformen. Ein weiterer zentraler Aspekt ihrer Arbeit ist die Vernetzung und Verbreitung bedarfsgerechter Angebote in Kommunen, Wohnungsunternehmen und Wohlfahrtsverbänden.



Letzter Seminartag im KVJS-Bildungszentrum Gültstein: Die Freude über den erfolgreichen Abschluss ist groß. Foto: © Julia Jentsch

Hintergrund

„Wohnberatung und Wohnungsanpassung bewegen sich an der Schnittstelle zu Architektur, Gesundheits- und Sozialwesen und bilden ein

Arbeitsfeld, zu dem es in Baden-Württemberg bislang keinen vergleichbaren Kurs in diesem Umfang gab“, sagt Kursleiterin Julia Jentsch vom KVJS. Der Verband hat dies zum Anlass genommen und gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wohnungsanpassung im Jahr 2022 einen Zertifizierungskurs entwickelt. Das Angebot ist seitdem fester Bestandteil der KVJS-Fortbildung und findet einmal jährlich statt. Es richtet sich an Mitarbeitende von Stadt- und Landkreisen, Institutionen wie Wohlfahrtsverbänden und Privatpersonen in Baden-Württemberg.

Julia Holzwarth

INFO

Der nächste Zertifizierungskurs findet vom 5. Mai bis 21. November 2025 statt.

Anmeldeschluss ist der 20. März 2025. Die Teilnehmerzahl ist auf 14 Personen begrenzt. Es gilt der Eingang der Anmeldungen. Alle wichtigen Infos zur Fortbildung finden Sie hier: barrierefrei-wohnen.kvjs.de



Animationsfilm: Der MPD einfach erklärt

Was macht der Medizinisch-Pädagogische Dienst (MPD) des KVJS eigentlich genau? Antwort auf diese Frage gibt ein neuer Animationsfilm im Internet. Der Film richtet sich an Fachkräfte wie an Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen und ist in einfacher Sprache gehalten. In nur drei Minuten zeigen seine Figuren die wichtigsten Leistungen und Angebote des multiprofessionellen Fachdienstes, der im vergangenen Jahr sein 25-jähriges Jubiläum feierte.

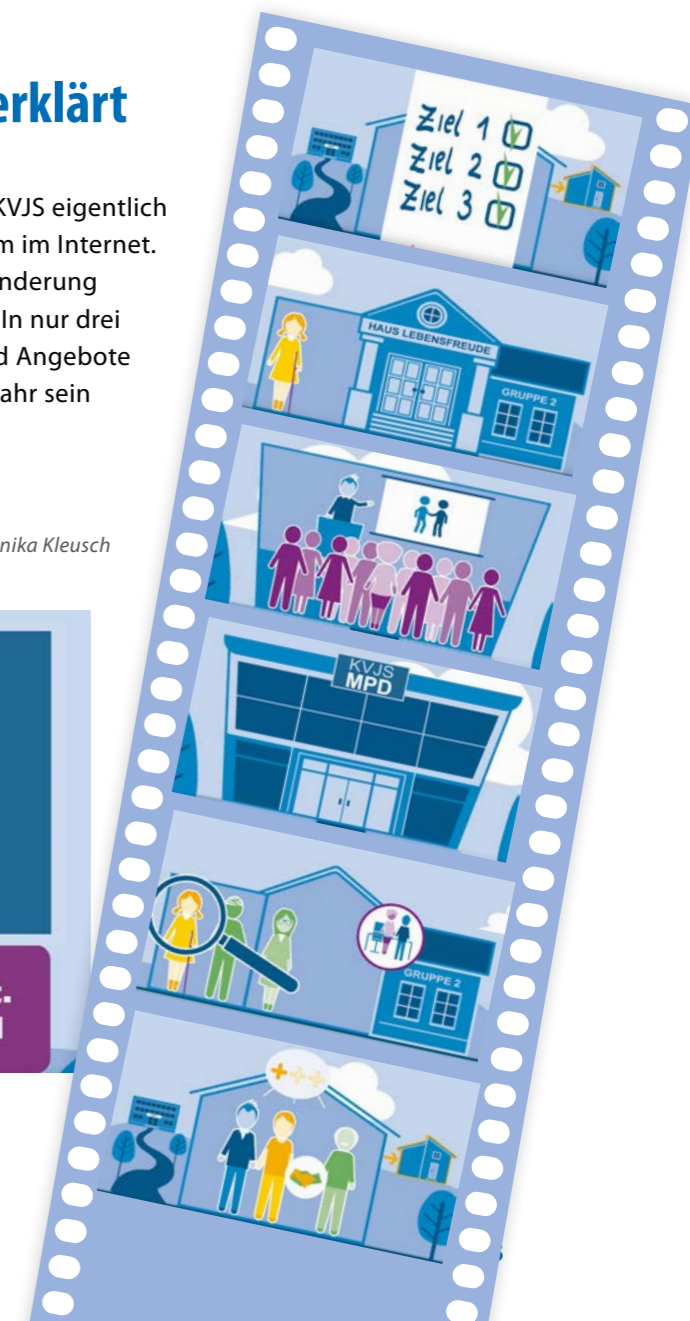
Schauen Sie mal rein: www.kvjs.de/soziales/mpd

Monika Kleusch



**KVJS
MPD**

**Der Medizinisch-Pädagogische Dienst.
interdisziplinär – kompetent – neutral**



Neue Publikation mit Informationen über Taubblindheit



Der neue KVJS-Fokus „Taubblindheit“ informiert umfassend über die komplexe Sinnesbehinderung.
Foto: © New Africa - stock.adobe.com

Der Medizinisch-Pädagogische Dienst (MPD) des KVJS hat sich in den vergangenen Monaten intensiv dem Thema Taubblindheit gewidmet und einen ausführlichen KVJS-Fokus mit praxisnahem Bezug erstellt. Taubblindheit bezeichnet eine gleichzeitige Beeinträchtigung des Seh- und Hörvermögens und stellt die betroffenen Menschen vor enorme Herausforderungen. Die Menschen sind auf bedarfsorientierte Unterstützungsangebote angewiesen, damit gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden kann. Mit dem Ziel, auf die Komplexität dieser Sinnesbehinderung aufmerksam zu machen und Anregungen sowie Hilfestellung für die Arbeit mit dem Personenkreis zu geben, richtet sich der KVJS-Fokus an die Träger der Eingliederungshilfe und der öffentlichen Jugendhilfe in Baden-Württemberg.

Die Publikation beinhaltet Zahlen und Fakten sowie Infos zu sozialrechtlichen Aspekten, Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie zu Leistungsangeboten und Unterstützungsmöglichkeiten. Eine Besonderheit sind zudem Interviews mit Menschen mit Taubblindheit, die persönliche Einblicke in ihre Lebensführung und ihren Alltag mit Behinderung gewähren.

Alina Greiner / Julia Ritter

INFO

QR-Code scannen und Publikation abrufen.
www.kvjs.de/publikationen/detailansicht/36650



Inklusion: Arbeitsmarkt im Wandel

Geschäftsbericht des Inklusions- und Integrationsamts erschienen

Die Baby-Boomer gehen in Rente: Fast die Hälfte der schwerbehinderten Beschäftigten sind derzeit zwischen 55 und 65 Jahre alt. Ausgebaut wurde der Beratungsservice für Arbeitgeber.

Der demographische Wandel wurde im Jahr 2023 in der sinkenden Beschäftigungsquote sichtbar. Allerdings spielte ein weiterer Effekt eine Rolle: Die Zahl der Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt stieg prozentual stärker als die Zahl schwerbehinderter Menschen.

Aus der Gruppe der wesentlich behinderten Menschen fanden mit Unterstützung des Förderprogramms „Arbeit inklusiv“ 277 Personen eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Zahl der Vermittlungen stieg damit nach dem pandemiebedingten Einbruch von 229 im Jahr 2020 nun wieder das dritte Jahr in Folge. Seit dem Start des Programms 2005 wurden bis Ende 2023 insgesamt 6.143 Arbeitsverhältnisse erzielt.

Wirksames Förderprogramm

Die Wirksamkeit des Programms untersuchte ein Forschungsprojekt des KVJS, dessen Ergebnisse im April 2024 der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Die Studie ergab, dass rund 60 Prozent der Vermittlungen in kleinen und mittleren Betrieben mit bis zu 250 Arbeitsplätzen stattfanden. Ungewöhnlich für Baden-Württemberg, wo knapp 50 Prozent der beruflich Aktiven in größeren Unternehmen arbeiten. Von den befragten Arbeitgebern wollten 79 Prozent mehr Menschen mit Behinderung beschäftigen. Ein Pluspunkt ist für sie die gute Unterstützung durch die Integrationsfachdienste (IFD). Mehr zur Studie finden Sie hier: www.kvjs.de/forschung/kvjs-forschung/projekte/wirkungen-der-foerdergrundsaeetze-arbeit-inklusive.

EAA erfolgreich etabliert

Um Arbeitgeber verstärkt über die Chancen bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zu informieren, wurden 2022 die Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber, kurz EAA, eingeführt. Sie sind bei den baden-württembergischen Integrationsfachdiensten angesiedelt und bieten alle Informationen zu Behinderung und Arbeit gebündelt bei einem Ansprechpartner. Im Jahr 2023 schritt mit Hilfe der EAA der Ausbau der Netzwerke zur beruflichen Teilhabe und Optimierung der Koordination weiter voran.

Die Einnahmen und wesentlichen Ausgaben des KVJS-Inklusions- und Integrationsamts im Jahr 2023 finden Sie in der Graphik auf Seite 18-19.

Monika Kleusch

Alle Zahlen, Daten, Fakten im Geschäftsbericht

Eine ausführliche Darstellung der aktuellen Entwicklungen in der Arbeit des KVJS-Inklusions- und Integrationsamts finden Sie im Geschäftsbericht 2023/24. Zahlen – Daten – Fakten zur Arbeit des Inklusions- und Integrationsamts

Hier können Sie ihn herunterladen:

www.kvjs.de/publikationen/detailansicht/36757

Das gedruckte Heft können Sie bestellen unter integrationsamt@kvjs.de oder telefonisch unter 0721 8107 942



Ausgleichsabgabe und ihre Verwendung für das Jahr 2023 – die wichtigsten Ausgaben

Gesamteinnahmen
147,76
Mio. €

Abführung an den Ausgleichsfonds
23,96
Mio. €

Ausgleich unter den Integrationsämtern
17,42
Mio. €

Ausgaben für Integrationsfachdienste
16,13
Mio. €

Förderprogramm: Arbeit Inklusiv
24,98
Mio. €

An Arbeitgeber u. a. bei außergewöhnlichen Belastungen
11,82
Mio. €

Förderung schwerbehinderter Menschen
4,64
Mio. €

Förderprogramm: Arbeit Inklusiv
24,98
Mio. €

An Arbeitgeber zur Schaffung und Einrichtung von behinderungsgerechten Arbeits- und Ausbildungsplätzen.
1,45
Mio. €

Förderung von Inklusionsbetrieben
13,49
Mio. €

Institutionelle Förderung
9,76
Mio. €

Gesamtausgaben
127,73
Mio. €

Graphik: © Remo Pohl

„Win-Win-Situation für alle“

KVJS macht Weg frei für Fachkraft mit E-Rollstuhl

Der Druckplattenhersteller XSYS hat mit Unterstützung des KVJS-Inklusions- und Integrationsamts eine begehrte Fachkraft einstellen können. Zuvor mussten gemeinsam einige Hindernisse aus dem Weg geräumt werden.

Thomas Schäffers (Name geändert) schriftliche Bewerbung war vielversprechend. „Fachlich bringt er alle Fähigkeiten mit, die wir für unsere Digitalisierungspläne brauchen“, sagt Anne Breitenbücher, die das IT-Team von XSYS leitet. „Nach einem ersten Online-Bewerbungsgespräch waren wir überzeugt. Es war klar: wir wollen ihn“, erinnert sie sich. Im weiteren Prozess unterstützend an ihrer Seite: das KVJS-Inklusions- und Integrationsamt. Auch klar war: Erst muss umgebaut werden, denn der 44-Jährige ist aufgrund einer Erkrankung auf einen Elektro-Rollstuhl angewiesen. Damit ging der Druckplattenhersteller aus dem Ortenaukreis neue Wege. Thomas Schäffer ist der erste Mitarbeiter in der Betriebsgeschichte mit Rollstuhl. Das flache Industriegebäude, in dem sich heute Schäffers Arbeitsplatz befindet, ist rund 40 Jahre alt – barrierefreies Bauen war damals noch kein Thema. Sofort wurde man bei XSYS aktiv, ein kleines, engagiertes Team machte es sich zur Aufgabe, nach kosten- und ressourcenschonenden Umbaumöglichkeiten und Handwerkern zu suchen. „Um sicherzugehen, dass wir mit unseren Plänen richtig liegen, haben wir das Inklusions- und Integrationsamt eingeschaltet“, erzählt XSYS-Standortleiterin Alexandra Kindle. Schließlich musste das Unternehmen für den Einbau eines barrierefreien Gebäudezugangs und eines barrierefreien Sanitär-raums ordentlich investieren.

TBD trifft engagiertes Team

Dann ging alles flott: Ein Sachbearbeiter und ein Mitarbeiter des Technischen Beratungsdienstes (TBD), beide vom Inklusions- und Integrationsamt des KVJS, kamen, um das Vorhaben vor Ort zu

prüfen. Neben ihrer fundierten Einschätzung und Beratung brachten die beiden Berater eine gute Nachricht mit: Das Inklusions- und Integrationsamt wird die behinderungsbedingten Maßnahmen bezuschussen.

Während in Willstätt die erforderlichen Gewerke organisiert und beauftragt wurden, fertigte der Technische Berater des Inklusions- und Integrationsamtes ein Gutachten an, in dem er die Notwendigkeit des Umbaus bestätigte. Dass die Behörde am Ende sogar stattliche 90 Prozent der Kosten erstattete, hat bei XSYS positiv überrascht. Und dass es auch noch die Kosten des neuen Laptops für Thomas Schäffer übernahm, kam auch gut an.

Förderung für neugeschaffenen Arbeitsplatz

Bei der Schaffung eines neuen zusätzlichen Arbeitsplatzes fördert das Amt, sozusagen als Motivationsspritze, auch solche Investitionen, die der Arbeitgeber auch bei der Einstellung eines Menschen ohne Behinderung getätigt hätte. Weil bei XSYS das Team der IT-ler vergrößert wurde, handelt es sich um die Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes, der aus Mitteln der Ausgleichsabgabe bezahlt wurde.

Wenige Monate später, am Arbeitsplatz von Thomas Schäffer in Willstätt. „Wir freuen uns, dass das alles so gut geklappt hat“, lobt Alexandra Kindle. Schäffer ist längst nicht mehr „der Neue“, sondern ein beliebter und geschätzter Kollege. „Die meiste Zeit arbeite ich im Homeoffice, aber wenn ich ins Büro fahre, komme ich ohne fremde Hilfe an meinen Arbeitsplatz“, erzählt das Team-Mitglied,



Geschätzt als kompetente Fachkraft: Thomas Schäffer Foto: © Nina Lipp

das dank eines höhenverstellbaren Schreibtisches dort gut arbeiten kann.

Sein Auto parkt er auf dem für ihn angelegten Behindertenparkplatz vor dem Gebäude. Im vorhandenen Sanitärbereich wurde für ihn eine behinderungsgerechte Toilette eingerichtet. Stehen mehrtägige Meetings des IT-Teams an, reist Schäffer aus seiner Heimatstadt an und übernachtet im Hotel.

Die Kollegen beschließen ihre Treffen gerne mit einem gemeinsamen Abendessen, an denen Schäffer selbstverständlich teilnimmt. Team-Chefin Anne Breitenbücher ist regelrecht schockiert darüber, wie schwer sich dann die Suche nach geeigneten Restaurants gestaltet. „Wir alle haben unseren Blick verändert“, erzählt sie. „Dass die Welt für einen Rollstuhlfahrer voller Barrieren ist, war uns in dem Ausmaß nicht bewusst.“

Nina Lipp



Die Imker der Oberschwäbischen Werkstätten Sigmaringen (OWB) im Einsatz: Öffnen mit einem Stockmeißel, Entnehmen einer Wabe aus dem Honigraum, Abkehren der Bienen von der Wabe. Fotos: © OWB

Bienenrettung made in Wachtelhau

Ein neues Beispiel aus dem Förderprogramm Innovation & Inklusion

Was hat Bienenrettung mit Inklusion zu tun? Im Gewerbegebiet Wachtelhau in Sigmaringen bauen die OWB einen Förder- und Betreuungsbereich. Dort sollen Kapseln mit Wildblumensamen gefüllt und Kaugummi-Automaten damit bestückt werden.

Bienenrettung aus dem Kaugummi-Automaten – so beschreibt das bundesweite Netzwerk Bienenretter eine Aktion zur Verbreitung von regional heimischen Samenmischungen. Umgearbeitete Automaten mit Mehrweg-Kapseln sollen zur Blumenvielfalt für Bestäuber-Insekten beitragen. Ein neues Beispiel aus dem Förderprogramm des baden-württembergischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration.

Bei den Oberschwäbischen Werkstätten Sigmaringen, kurz OWB, hat die Geschichte der Bienen vor mehreren Jahren begonnen. Seit 2015 betreibt die Werkstatt eine eigene Imkerei. Bei der Arbeit mit den Bienenvölkern sind auch Männer und Frauen

aus den Fördergruppen mit Freude dabei. Die guten Erfahrungen, die Kooperation mit der Bienenretter Manufaktur und die Aussicht auf neue Multifunktionsräume in einem geplanten Neubau, all das hat zu der innovativ-inklusive Projektidee geführt: Mitmachen beim Bienen retten, das können wir auch in Wachtelhau.

Draußen im Haus sollen Samen oder Krokuszwiebeln in Kapseln gefüllt und leere gebrauchte Kapseln vorher gereinigt werden. Draußen an den Standorten im Landkreis Sigmaringen werden die Bienenretter-Automaten regelmäßig kontrolliert, neu bestückt, gewartet und die Kapseln aus der Rückgabebox eingesammelt.

Erste Automaten sind installiert

Im Gewerbegebiet Wachtelhau hängt bereits ein Automat der OWB, in der Ortsmitte von Mengen und in Glashütte ebenso. Neben fest eingeplanten Standorten bei verschiedenen Hofläden und beim Landratsamt gibt es durch Mund-zu-Mund-Propaganda weitere interessierte Anfragen. Und im Winter, so eine weitere Idee, könnten Meisenknödel und andere Vogelfuttermischungen das Angebot abrunden.



Und sie können stolz auf ihren Beitrag zum Erhalt der Biodiversität sein. Das hat Bienenrettung mit Inklusion zu tun.

Gegenüber ihren Kontaktpersonen und interessierten Passanten können die Menschen aus dem Förder- und Betreuungsbereich beim Aufstellen und Bestücken der Automaten selbstbewusst als Dienstleister auftreten.

Arbeiten rund ums Imkern

Die geplanten Räumlichkeiten sind aber auch für Tätigkeiten rund ums Imkern bestens geeignet. Im Multifunktionsraum können zukünftig Bienenkästen gereinigt und repariert, Honigwaben entdeckelt und geschleudert und Wachsplatten eingelötet werden. Es kann Honig gerührt und in Gläser gefüllt werden, alles gerne mit Unterstützung von Ehrenamtlichen mit Imkereierfahrung.

Von der Aussaat bis zum Honig gibt es viel zu lernen. Eine Schule in Mengen möchte daher mit Unterstützung der OWB-Experten zwei Bienenvölker auf ihr Schulgelände holen. Wer weiß, vielleicht entstehen aus der Kooperation mit Schulen und mit der Werkstatt leicht verständliche Bildungsunterlagen zum Thema Imkern? Das Know-how ist vorhanden. Die Profis für Leichte Sprache von Capito Bodensee sind Teil der OWB und haben jede Menge Erfahrung bei der Erstellung von barrierefreiem Schulungsmaterial.

Barbara Milsch

Mehr gute Beispiele

Der Bedarf an gemeindenahen Wohn- und Beschäftigungsangeboten für Menschen mit Behinderung ist groß. Um den Ausbau voranzutreiben, fördert der KVJS im Auftrag des Sozialministeriums vorrangig innovative und dezentrale Projekte. Auch Modernisierungen an bestehenden Objekten werden gefördert.

In seiner Web-Publikation „Innovation & Inklusion“ stellt der KVJS zahlreiche besonders gelungene innovativ-inklusive Projekte vor. Regelmäßig kommen neue spannende Beispiele hinzu. Die Palette reicht vom inklusiven Bürgertreff in einer Wohnanlage für Menschen mit und ohne Handicap, über eine Seniorenbetreuung, die Medienkompetenz vermittelt, bis hin zum von Werkstattmitarbeitern betriebenen Café als Insel der Begegnung.

Reinschauen lohnt sich: <https://app.kvjs.de/>



KVJS auf der REHAB 2025

Große Rehabilitationsmesse vom 22. bis 24. Mai in Karlsruhe

Die neuesten Trends, Therapieangebote und Innovationen aus Rehabilitation, Pflege und Inklusion von rund 300 Ausstellern werden im Mai auf dem Messegelände in Karlsruhe präsentiert. Mit dabei: Der KVJS mit den Angeboten des Inklusions- und Integrationsamts.



Messe Karlsruhe Foto: © Jürgen Rösner

Wenn Ihnen auf der REHAB der Duft von Popcorn in die Nase steigt, kann der KVJS-Stand nicht mehr weit sein. Passend zum Popcorn wartet dort eine Filmpräsentation von Karikaturen des beliebten Cartoonisten Phil Hubbe auf Sie. Hubbe, selbst Betroffener, ist bekannt für seine humoristischen Zeichnungen zum Thema Behinderung. Am KVJS-

Stand können Sie ihn auch persönlich kennenlernen und vielleicht sogar eine Zeichnung mit nach Hause nehmen.

Einen modernen Arbeitsplatz für blinde und sehbehinderte Menschen zeigen die Fachleute des Technischen Beratungsdienstes (TBD). Sie stehen auch für Fragen rund um das Thema behinderungsgerechte Arbeitsplatzanpassung zur Verfügung. Oder wollen Sie mal selbst Hand anlegen bei einem Montagearbeitsplatz? Die neu entwickelte InA.Coach App führt Sie dabei Schritt für Schritt zum Erfolg.

Profitieren Sie von dem umfangreichen Beratungsangebot, das der KVJS für Sie auf der REHAB bereithält! Neben den TBD-Experten stehen Ihnen Fachberaterinnen und -berater des Inklusions- und Integrationsamts, des Integrationsfachdienstes und der Einheitlichen Ansprechstelle für Arbeitgeber zur Verfügung. Wir sehen uns auf der REHAB!

Monika Kleusch

Kostenloser Eintritt mit dem KVJS

Für seine Mitglieder, Partner und Kunden hält das Inklusions- und Integrationsamt ein Kontingent von Freikarten bereit. Einfach formlos bestellen bei integrationsamt@kvjs.de

Sie finden den KVJS-Stand in der dm-Arena: Stand S 40

Und hier geht's zur REHAB:
www.rehab-karlsruhe.com/de/



Spot an! Neue Mini-Serie des Inklusions- und Integrationsamts

Wer unterstützt bei der Suche nach Personal mit Behinderung? Wie sieht der Traumjob einer jungen Frau mit Downsyndrom aus? Ist ein unter-schenkelamputierter Polizist tatsächlich einsatz-fähig? Wie stehen Arbeitgeber zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen?

In 30 Sekunden kennen Sie die Antworten! So lang – beziehungsweise kurz – sind die vier Filmspots, die das Inklusions- und Integrationsamt des KVJS ab 21. Februar im Internet zeigt. Bis Mai wird

an jedem 21. des Monats ein neuer Spot online gestellt. Den Anfang macht am 21. Februar Thomas Möller, Geschäftsführer der Klöber GmbH in Owingen. Er erzählt Ihnen in einer halben Minute über seine Erfahrungen mit der Einheitlichen Ansprechstelle für Arbeitgeber – EAA – und warum sie eine wertvolle Unterstützung bei der Personalakquise ist.

Reinschauen lohnt sich:

Ab 21. Februar 2025 auf www.kvjs.de

Monika Kleusch



Landespreis für junge Unternehmen: AiS auf Platz zwei



Wurde auch schon für seine Pflege von Streuobstwiesen ausgezeichnet: Der Grüntrupp der AiS. Foto: © Martin Wagenhan

Der Landespreis für junge Unternehmen zeichnet die besten jungen Unternehmen Baden-Württembergs aus. Über den zweiten Platz und 30.000 Euro freute sich das Team der 2018 gegründeten AiS inklusiv gGmbH aus Mössingen. Die Hälfte der rund 70 Beschäftigten sind Menschen mit Behinderungen. Gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der jahrhundertealten und ökologisch wertvollen Streuobstwiesen der Region.

Darüber hinaus sind die Mitarbeitenden in den Werkstätten und Cafés Dienstleistende und Gastgebende und damit dort, wo sie laut Geschäftsführer Marcus Hölz hingehören: in der Mitte der Gesellschaft.

Mehr über den Preisträger hier:

www.landespreis-bw.de/preistraeger/2024/ais-inklusive-ggmbh-moessingen/

PM / Monika Kleusch





Der KVJS-Landesjugendhilfeausschuss tagte in Stuttgart und erörterte aktuelle Themen mit der Leitenden Ministerialrätin Juliane Rath aus dem Sozialministerium (am Pult rechts). Foto: © Ulrike von Siegroth

LJHA: Zukunftsfähige Lösungsansätze im Diskurs

Landesjugendhilfeausschuss fokussiert sich auf akute Fragestellungen

Der Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) trat Ende Oktober zu seiner letzten Sitzung in der laufenden Amtsperiode beim KVJS in Stuttgart zusammen. Die Agenda stand nicht nur für eine große Themenvielfalt, sondern markierte zugleich die Dringlichkeit, den zahlreichen Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe wirkungsvoll zu begegnen.

Nach der Begrüßung durch den Verbandsvorsitzenden Landrat Gerhard Bauer widmete sich das Gremium einer umfangreichen Tagesordnung. Diese enthielt zahlreiche wichtige Themen, darunter die Kindertagespflege als Bestandteil der Kindertagesbetreuung, den Jugendhilfeetat 2025 sowie das Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (GaFöG). Dieses sieht ab 2026 für Eltern den Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung ihrer Grundschul Kinder vor – eine Aufgabe, die die Kommunen umzusetzen haben. Und für die es vor allem sichere Rahmenbedingungen brauche, so Stimmen aus dem Gremium. „Kleine Schritte mit Lösungen sind besser als große Sprünge ins Ungewisse“, unterstrich

Verbandsdirektorin Kristin Schwarz die Bedeutung des Vorhabens, das alle Akteure weiterhin intensiv beschäftigen wird.

INFO Der Landesjugendhilfeausschuss wird in diesem Jahr drei Mal tagen. Das Gremium wird beim KVJS in Stuttgart zusammenkommen. Die Sitzungen finden am 26. März, am 10. Juli sowie am 22. Oktober 2025 statt.
www.kvjs.de



Konstruktiver Austausch

Für den persönlichen Dialog sowohl zur Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für Baden-Württemberg (LKJHG) als auch zum Stand des Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetzes (IKJHG) war eigens die Leitende Ministerialrätin Juliane Rath aus dem Sozialministerium gekommen. Sie stand zudem für einen Austausch rund um den Themenkomplex der Schulsozialarbeit zur Verfügung, deren Fördergrundsätze zukünftig durch eine neue Ver-

waltungsvorschrift ersetzt werden. Mit Blick auf das „Startchancen-Programm“ des Bundes und die Landesförderung Schulsozialarbeit betonte Dezernent Gerald Häcker, Leiter des KVJS-Landesjugendamtes, eine nötige Prioritätensetzung: „Es muss gute Regelungen geben, um Doppelstrukturen zu vermeiden und effizient arbeiten zu können.“ Ungeachtet der verschiedenen Förderprogramme herrschte im Gremium Einigkeit darüber, dass die Schulsozialarbeit per se ein unverzichtbares Instrument ist – vor allem hinsichtlich ihrer präventiven Wirkung.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Der LJHA fand in dieser Zusammensetzung zum letzten Mal statt. Grund genug für den Verbandsvorsitzenden Gerhard Bauer, dem Gremium seinen Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit auszusprechen, schließlich zeichne sich der Landesjugendhilfeausschuss durch seine fachpolitische Ausrichtung sowie sein fortwährendes Engagement aus.

Zum 1. Januar 2025 hat sich das Gremium neu konstituiert.

Ulrike von Siegroth

Regelung zur Verteilung der UMA

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg hat dem KVJS die Weisung erteilt, bis 9. März 2025 die bundesweite Verteilung aller ersteingereisten unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) ohne weitere Maßgaben durchzuführen. Dies berechtigt alle Jugendämter – unabhängig von ihrer individuellen Bestandsquote – die verteilfähigen UMA bei der im KVJS verorteten Landesverteilstelle zur bundesweiten Verteilung anzumelden. Eine Verpflichtung hierzu besteht für die Jugendämter nicht.

Sollte es das Kindeswohl (Familienzusammenführung) erfordern, ist der KVJS darüber hinaus

angewiesen, gegebenenfalls eine landesinterne Verteilung vorzunehmen.

Ab dem 10. März 2025 bis einschließlich 8. Juni 2025 gilt ein wöchentlicher Wechsel zwischen bundesweiter und landesinterner Verteilung. Letztgenannte findet zum Zwecke des Kindeswohls auch in den Wochen statt, die grundsätzlich für die bundesweite Verteilung vorgesehen sind. Weitere Informationen und aktuelle Rundschreiben zum Thema gibt es unter:
www.kvjs.de/jugend/fachthemen/fluechtlingskin-der-uma/landesverteilstelle-uma

Stand: 10.01.2025 Ulrike von Siegroth



„KiTas soll noch mehr Flexibilität ermöglicht werden!“

KVJS und Kommunale Landesverbände entwickeln KiTaFlex

Die Lage ist angespannt: Den Eltern fehlt es an Betreuungsplätzen, den KiTas an Personal. Der Erprobungsparagraf erlaubt es Trägern bereits, von gesetzlichen Vorgaben abzuweichen, um auf Bedarfe vor Ort reagieren zu können. Mit KiTaFlex soll noch mehr möglich sein, wie KVJS-Referatsleiterin Kristin Hermann im Interview erklärt.



Im Interview: Kristin Hermann, Leiterin des Referats Kindertageseinrichtungen. Foto: © Nenad Becarevic

Frau Hermann, innerhalb des Erprobungsparagrafen soll KiTaFlex als ein mögliches Rahmenkonzept anwendbar sein. Welche Idee liegt diesem zugrunde?

Das Konzept berücksichtigt die Erfahrungen der Träger von Kindertageseinrichtungen, die uns im Rahmen von Erprobungen bislang vorliegen – und damit insbesondere die Parameter, von denen seither am häufigsten abgewichen wurde: Angebotsformen und Personalstruktur. Handlungsleitend bei der Konzeptentwicklung war die Intention, ein innovatives Modell zu schaffen, das die Qualität sichert, Trägern eine erhöhte Flexibilität im Betrieb ermöglicht und gleichzeitig die Komplexität in der Betriebsführung reduziert.

Aufgaben, wie die Umsetzung der Ziele des Orientierungsplans, die Planung pädagogischer Angebote und die Umsetzung der Verfügungszeit liegen in diesem Modell ausschließlich bei den Fachkräften, während Zusatzkräfte bei der Betreuung der Kinder unterstützen.

Ein zentraler Aspekt von KiTaFlex betrifft die Personalbemessung. Was ist hierzu konkret angedacht?

Die Berechnung der Mindestpersonalausstattung für die betriebserlaubte KiTa erfolgt im Konzept auf Grundlage einer Personal-Kind-Relation je Altersgruppe, bezogen auf die gesamte Einrichtung und nicht auf die einzelne Gruppe. Die Personalausstattung selbst ist mit einer Fachkraftquote von 80 Prozent für den Personaleinsatz hinterlegt.

Hinzu kommt noch die Leitungszeit, die ebenfalls von Fachkräften umgesetzt wird. Der Ausgleich von Fehl- und Ausfallzeiten soll im neuen Konzept vollständig in Träger-Verantwortung liegen.

Neben der Personalbemessung stehen die Angebotsformen im Fokus. Was sieht KiTaFlex diesbezüglich vor?

Das Konzept umfasst insbesondere auch die Reduzierung von bisher zwölf Angebotsformen auf nur noch zwei Altersgruppen (U3, Ü3), die in unterschiedlichen Öffnungszeiten betreut werden können. Damit soll erprobt werden, wie die in der Kindertagesstättenverordnung (KiTaVO) noch sehr ausdifferenzierte Angebots-



Im KiTa-Alltag ist noch mehr Spielraum gefragt: KiTaFlex will dabei helfen. Foto: © lordn - stock.adobe.com

struktur im Betrieb vereinfacht werden kann. Bei der Angebotsform Krippe ist es übrigens bereits jetzt möglich, zwischen unterschiedlichen Öffnungszeiten zu wechseln, ohne jedes Mal eine Änderung der Betriebserlaubnis zu beantragen.

Ist KiTaFlex theoretisch für alle KiTas in Baden-Württemberg geeignet, die eine Erprobung planen oder gibt es Ausnahmen?

Grundsätzlich ja. Nachdem Erprobungsmodelle für die individuelle Situation vor Ort entwickelt werden sollen, haben wir mit KiTaFlex bewusst ein mögliches Rahmenkonzept gestaltet, das verschiedene Kriterien umfasst und einzelne Stellschrauben aufzeigt. Da sich die Bedarfe unterscheiden, ist es uns wichtig, dass auch die Parameter individuell angepasst, weitere Abweichungen hinzugenommen oder auch nur einzelne Kriterien erprobt werden können.

Selbstverständlich können auch weiterhin andere Erprobungsmodelle eingereicht werden. Es ist gut möglich, dass bereits die Erprobung eines einzelnen Parameters dafür sorgen

kann, dass der Betrieb wieder funktioniert. Klar ist jedoch auch: Ohne die Gewährleistung des Kinderschutzes kann keine Erprobung umgesetzt werden. Wir lassen uns daher bei der Prüfung immer auch das Konzept zum Schutz vor Gewalt vorlegen, das die Besonderheiten der Erprobung, wie etwa den erhöhten Einsatz von Zusatzkräften, berücksichtigen muss.

Ab wann soll KiTaFlex in der Praxis einsetzbar sein?

Wir haben mit Rundschreiben vom 29.01.2025 über KiTaFlex informiert. Seitdem kann das Konzept im Rahmen des üblichen Verfahrens bei Erprobungen auf den Weg gebracht werden.

Welche Voraussetzungen müssen vorliegen, damit eine Einrichtung KiTaFlex anwenden kann?

Für die Erprobung von KiTaFlex gelten dieselben Vorgaben, wie für alle anderen Erprobungsmodelle. Den im Rahmen der Erprobung gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsprozess vor Ort halten wir hinsichtlich des Gelingens für entscheidend. Insofern kann KiTaFlex vor Ort erst umgesetzt werden, wenn der Beteiligungsprozess erfolgt ist, die Bestätigung über die Einhaltung der Vorgaben des SGB VIII und die Gewährleistung des Kinderschutzes vorliegen und der Antrag samt Konzept genehmigt wurde.

Da das Modell sowohl 1:1 übernommen als auch an die örtlichen Bedarfe angepasst werden kann, wird auch bei KiTaFlex jedes vorgelegte Konzept individuell geprüft.

Wo erhalten Träger weitere Informationen zu KiTaFlex?

Wir werden in unseren kostenfreien, regelmäßig stattfindenden Träger-Service-Veranstaltungen zum Erprobungsparagrafen auch über das neue Konzept informieren. Die Termine sind online zu finden (www.kvjs.de). Selbstverständlich können sich Träger auch an ihre Ansprechpartner innerhalb unseres Referats wenden. Wir beraten Sie gerne!

Das Interview führte Ulrike von Siegroth

AuLiD: Arbeiten und Leben in Deutschland

Abgeschlossenes Modellvorhaben präsentiert seine Ergebnisse

Was im September 2021 begann und im August 2024 endete, erlebte kürzlich seinen offiziellen Abschluss: Die Ergebnisse des vom KVJS geförderten Modellvorhabens „AuLiD“ wurden der Fach-Öffentlichkeit vorgestellt.



Versorgung mit Wohnraum unterstützt junge Erwachsene bei der eigenständigen Lebensführung.
Foto: © Patrick Daxenbichler - stock.adobe.com

Wie kann es gelingen, jungen Menschen einen sicheren Einstieg in die Arbeitswelt zu ermöglichen? Was braucht es, um etwa junge Erwachsene mit Fluchterfahrung oder auch sogenannte Care Leaver dabei zu unterstützen, ein eigenständiges Leben zu führen – außerhalb des Systems der Kinder- und Jugendhilfe? Hierbei spielen beispielsweise die Versorgung mit Wohnraum und die Vermeidung von Armutsrisiken eine wichtige Rolle.

Zielsetzungen, denen das Modellvorhaben „AuLiD – Arbeiten und Leben in Deutschland“ nachging. Das Projekt lief unter Trägerschaft der Jugendberufshilfe Ortenau e.V.. Dessen Geschäftsführender Vorstand Daniel Drancourt stellte in einer Spotlight-Veranstaltung des KVJS kürzlich

die Resultate des Modellvorhabens vor, das der Verband gefördert hatte.

Ergebnisse mit Langzeit-Effekt

Konkret konnte für einige Projektteilnehmer Wohnraum gefunden werden. In anderen Fällen wurden Ausbildungen vermittelt, die mittlerweile zum Teil abgeschlossen sind. Mit Erfolg. Positiv fällt schließlich auch das Fazit von Seiten des KVJS aus: „Schön ist insbesondere, dass bestimmte Teile des Modellvorhabens weitergeführt werden können und eine nachhaltige Sicherung erfahren“, resümiert Alina Beck, fachliche Ansprechpartnerin für das Projekt. Die ausführliche Präsentation und detaillierte Ergebnisse gibt es unter:

www.kvjs.de/jugend/fachthemen/kinder-und-jugendarbeit-jugendsozialarbeit/jugendberufshilfe



Ulrike von Siegroth

INFO

Der KVJS fördert eine Reihe an Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der hiesigen Kinder- und Jugendhilfe. In der Regel laufen diese Vorhaben über drei Förderjahre. In dieser Zeit können innovative Ansätze erprobt werden, um gesellschaftlichen Herausforderungen kompetent zu begegnen. Mehr zu aktuellen Modellvorhaben des KVJS und Ergebnissen:

www.kvjs.de/jugend/fachthemen/modellvorhaben



Jahrestagungen fördern Wissenstransfer und Austausch

Eine Reihe von Jahrestagungen bot Ende 2024 zahlreichen Fachkräften eine Plattform zum kollegialen Dialog. So standen bei der Jahrestagung Frühe Hilfen unter anderem Aktuelles aus der Landeskoordinierungsstelle, ein Fachvortrag sowie der Austausch mittels Open Space-Methode auf dem Programm. Hierbei wurden vielfältige Themen erörtert, darunter Fragen zur strukturellen Verortung und Ausgestaltung der Netzwerkkoordination in den Kreisen.

Die zwei Jahrestagungen Schulsozialarbeit hielten für die Teilnehmer spannende Fachvorträge bereit, die beispielsweise „Schulsozialarbeit zwischen Handlungsdruck, Überforderung und gesunder Abgrenzung in Krisensituationen“ beleuchteten.

Ergänzt wurden die Vorträge durch ein breites Angebot an Workshops. Diese befassten sich unter anderem mit der Handlungsfähigkeit der Schulsozialarbeit durch ihr spezifisches, sozialpädagogisches Angebot und dem Umgang mit Konflikten in Gruppenchats.

Die Planung, Steuerung und Gestaltung kommunaler Kinder- und Jugendarbeit stand bei der Jahrestagung der Kommunalen Jugendreferate im Blickpunkt. Nach informativen Expertenbeiträgen folgten praxisrelevante Workshops. Diese beschäftigten sich unter anderem mit dem Fachkräftemangel, der Gestaltung von Verantwortungsgemeinschaften oder der Anwendung von KI-Modellen.

Ulrike von Siegroth

Zwangsverheiratung: Opferschutz sicherstellen

Ein kürzlich in der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart veranstalteter Fachtag klärte über das Thema Zwangsverheiratung auf. Im Blickpunkt dabei: die Rolle der kommunalen Ebene, wenn es um den Schutz der Opfer geht. Schließlich bedarf dieser der Sensibilisierung, Qualifizierung und Vernetzung von Fachkräften. Der KVJS war als Kooperationspartner der Veranstaltung vertreten, die vor allem den praxisnahen Austausch ermöglichte. Hierfür stand eine Reihe verschiedener Workshops auf dem Tagungsprogramm, die Einblicke in Best-Practice-Beispiele gewährten und Handlungsempfehlungen vermittelten.

Fazit: Es gilt, das Bewusstsein für das Thema Zwangsverheiratung in der Gesellschaft nachhaltig zu stärken, um Betroffene zu unterstützen und präventiv zu handeln. Auf dem Weg, Zwangsverheiratung wirksam zu bekämpfen, war dieser Fachtag ein wichtiger Schritt. Die Relevanz zeigte sich auch in der Vielfalt der Teilnehmenden:



Fachkräfte für das Thema sensibilisieren.
Foto: © encierro - stock.adobe.com

Neben Politikern, Anwälten und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie Beratungsstellen waren auch kommunale Mitarbeitende, Studierende und Betroffene vor Ort.

Mirjam Ruckh / Ulrike von Siegroth

APerTa-BW: Erste Ergebnisse liegen vor

Erfolgreiche Befragungen im Forschungsprojekt

Im KVJS-Forschungsprojekt „Aufgaben und Perspektiven von Tagesstätten für Menschen mit psychischer Erkrankung in Baden-Württemberg“ (kurz: APerTa-BW) hat der Forschungspartner aus Rostock alle 105 Tagesstätten im Land und die Psychiatrieplanenden der Kreise online befragt.

Beide Befragungen liefen dank gemeinsamer Anstrengungen sehr erfolgreich: Bis auf eine fehlende Rückmeldung haben alle Befragten geantwortet. In der Wissenschaft spricht man in diesen Fällen von geglückten Vollerhebungen, die aussagekräftige Ergebnisse versprechen. Diese ersten Ergebnisse diskutierte der Projektbeirat im Dezember.

Nach Einschätzung der Tagesstättenleitungen haben durchschnittlich 17,5 Prozent der Besucherinnen und Besucher Migrationserfahrung. Außerdem stufen die Leitungen durchschnittlich 63 Prozent der Besucherinnen und Besucher als „Stammkundschaft“ ein. Darüber hinaus liegen Auskünfte zum Angebotsspektrum der Tagesstätten, zu den eingesetzten Mitarbeitenden, den Öffnungszeiten, zur Mitbestimmung und zu den verwendeten Räumlichkeiten vor. Auf die noch ausstehenden Auswertungen darf man gespannt sein.



© Foto: Thomas Brenner

Mitte dieses Jahres wird sich der Projektbeirat erneut treffen, um weitere Ergebnisse aus den Online-Befragungen und vorläufige Ergebnisse aus der qualitativen Vertiefungsstudie zu besprechen. Ziel des Forschungsvorhabens ist, bis Mitte 2026 Good-Practice-Kriterien für die Angebotsgestaltung zu entwickeln.

Marvin Brinkmann / Justus Heck

Viele Perspektiven

Der Projektbeirat ist multiperspektivisch besetzt und eröffnet der Studie die nötige Praxisnähe. Vertreten waren in der zweiten Sitzung Psychiatrie-Erfahrene, Angehörige, das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, der Landkreistag Baden-Württemberg, die Sozialplanenden der Kreise und Leistungserbringer. Genauso wie die Forschungspartner der Universität Ulm und des Instituts für Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern waren die KVJS-Mitarbeitenden Dr. Justus Heck (KVJS-Forschung) und Marvin Brinkmann (Referat Teilhabe und Soziales) gesetzt.

INFO Haben Sie Fragen oder Anregungen? Ansprechpartner hierfür sind Dr. Justus Heck, Tel.: 0711 / 6375- 241, und Marvin Brinkmann, Tel.: 0711 / 6375- 321.

Mehr zum Forschungsprojekt finden Sie hier:

www.kvjs.de/forschung/projekte/angebote-und-perspektiven-von-tagesstaetten



Neue Mitglieder im Forschungsbeirat

Bastian Rosenau und Fabian Scheffczyk unterstützen KVJS-Forschung

Der Forschungsbeirat beim KVJS hat zwei neue Mitglieder. Sie folgen Dr. Achim Brötel, Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises, und der Sozialdezernentin des Landkreises Heilbronn, Androniki Petsos, nach.

Landrat Bastian Rosenau, Enzkreis, ist neues Mitglied im Forschungsbeirat des KVJS. Der Diplom-Verwaltungswirt war zunächst 2005 Bau- und Hauptamtsleiter in der Gemeinde Engelsbrand, in welcher er ab 2007 das Amt des Bürgermeisters besetzte. Seit 2018 ist Rosenau Landrat des Enzkreises.

Im Forschungsbeirat ist Bastian Rosenau der Nachfolger von Dr. Achim Brötel, Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises. Verbandsdirektorin Kristin



Neue Mitglieder: Landrat Bastian Rosenau ...
Foto: © Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis

Schwarz bedankte sich bei dem scheidenden Mitglied für sein langjähriges und zuverlässiges Engagement im Beirat.

Langjähriges Mitglied ausgeschieden

Ebenfalls neu im Gremium ist Fabian Scheffczyk, Sozialdezernent des Rhein-Neckar-Kreises. Scheffczyk übernahm 2009 zunächst die Fachberatung für Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege im Sozialamt des Rhein-Neckar-Kreises. Danach leitete er die Stabstelle Sozialplanung und Vertragswesen und später das Amt für Sozialplanung,

Vertragswesen und Förderung. Seit März 2024 ist er Dezernent für Jugend und Soziales.

Fabian Scheffczyk folgt im Forschungsbeirat auf Androniki Petsos. Die frühere Sozialdezernentin des Landkreises Heilbronn hat zum 01.11.2024 die Leitung des Inklusions- und Integrationsamts des KVJS übernommen.

Der Forschungsbeirat prüft und empfiehlt Themen und Fragestellungen für mögliche Forschungsvor-



... und Sozialdezernent Fabian Scheffczyk
Foto: © Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

haben des KVJS. Dem Forschungsbeirat gehören Mitglieder des Verbandsausschusses sowie Vertreter und Vertreterinnen der Wissenschaft und der Leitungsebene der Stadt- und Landkreise an. Den Vorsitz im Forschungsbeirat hat Verbandsdirektorin Kristin Schwarz.

Anna Steck

Mehr über die KVJS-Forschung

... sowie den Forschungsbeirat und die aktuellen und abgeschlossenen Forschungsprojekte finden sie hier: www.kvjs.de/forschung



In der KiTa: Sprachbarrieren überwinden

Mehrsprachigkeit im KiTa-Alltag: Zu diesem Themenkomplex hält das aktuelle KVJS-Fortbildungsprogramm für die Kinder- und Jugendhilfe (Kindertagesbetreuung) neue Seminare bereit. Im praktischen Online-Format vermitteln die Veranstaltungen aktuelle Erkenntnisse zur Mehrsprachigkeit und zeigen unter anderem praxisnah auf, wie der frühe Spracherwerb funktioniert. Zudem erfahren KiTa-Fachkräfte, wie sie Kinder, die die

deutsche Sprache erlernen, beim Wortschatzerwerb und Satzbau unterstützen können.

Eines der Seminare stellt zudem Methoden in den Mittelpunkt, die dabei helfen, mit mehrsprachigen Familien in kommunikativen Austausch zu treten – und damit auch die Beteiligung zu fördern.



www.kvjs.de/fortbildung

Ulrike von Siegroth

Tagungszentrum Gültstein: Neue Geschäftsführerin

Mit dem Beginn des Jahres 2025 hat Bettina Haug-Weber die Geschäftsführung des KVJS-Tagungszentrums Gültstein übernommen. Die neue Geschäftsführerin hat viele Jahre Erfahrung als Prokuristin, im Aufbau und in der Leitung von Geschäftsstellen und Projekten mit Teams von bis zu 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Einen Schwerpunkt bei ihrer neuen Aufgabe legt die Diplom-Wirtschaftsinformatikerin auf die Digitalisierung in der Verwaltung des KVJS-Tagungszentrums. In Zukunft sollen zum Beispiel



Freut sich auf die neue Aufgabe: Bettina Haug-Weber.
Foto: © Klaus Blöcher, Projekt 56

Raumbuchungen und Abrechnungen nur noch digital abgewickelt werden.

Im Januar bekam die neue Geschäftsführerin noch Unterstützung durch den bisherigen Leiter Robert Berres. Nach 26 Jahren ist er in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Der gelernte Hotelkaufmann und Hotelbetriebswirt hat in dieser Zeit aus dem damaligen Erholungsheim eine barrierefreie, viel gefragte Tagungsstätte gemacht.

Monika Kleusch



War 26 Jahre Leiter des Tagungszentrums: Robert Berres.
Foto: © Dieter Steck

Neu erschienen

Alle Publikationen des KVJS sind kostenlos. Sie stehen auch im Internet unter www.kvjs.de/der-kvjs/service/publikationen-und-videos/ zum Download zur Verfügung.

Früher Bescheid wissen!

Sie wollen wissen, was sich im KVJS tut und möchten nicht auf das gedruckte KVJS-Aktuell warten? Dann abonnieren Sie kostenlos die Online-Ausgabe! Sie erscheint bereits zwei Wochen vor der Druckausgabe im Internet. Bestellung bei Lisa-Marie.Weirich@kvjs.de

Symbolbild Broschüren. Foto: © fotofabrika - stock.adobe.com

Soziales

Taubblindheit – Fachlicher Überblick für Träger der Eingliederungshilfe und Träger der öffentlichen Jugendhilfe in Baden-Württemberg, Dezember 2024.

Der KVJS-Fokus informiert über die Anzahl von Menschen mit Taubblindheit sowie über Leistungsangebote und Unterstützungssysteme in Baden-Württemberg.

Bestellung

Sekretariat Medizinisch-Pädagogischer Dienst
Telefon 0711 6375-320
MPD-Auftrag@kvjs.de

Inklusion

Geschäftsbericht 2023 / 2024 – Zahlen, Daten und Fakten zur Arbeit des Inklusions- und Integrationsamtes, Dezember 2024.

Die Publikation beinhaltet neben aktuellen Daten auch praktische Einblicke rund um das Thema Inklusion und Beruf.

Bestellung:

Manuela Weimar
Telefon 0721 8107-942
Integrationsamt@kvjs.de

Jugend

Was Pflegeeltern wissen sollten – Informationen für Personen, die sich für die Aufnahme eines Pflegekindes in Vollzeitpflege interessieren, Dezember 2024.

Die Broschüre gibt einen allgemeinen Überblick über die Situation von Eltern, Pflegekindern und Pflegefamilien.

Bestellung:

Ulrike Reindl
Telefon 0711 6375-469
Ulrike.Reindl@kvjs.de

Digitalmagazin ZB:

Relevante Infos zu Behinderung und Beruf neu verpackt!

Anschauliche Filme, aktuelle Rechtsprechung, schnelles Teilen von Inhalten: Das bietet das neue Digitalmagazin ZB Behinderung & Beruf. In der zusätzlichen Regionalausgabe Baden-Württemberg erfahren Sie Neues aus „the Länd“!

Schwerbehindertenvertretungen, Interessenvertretungen und Inklusionsbeauftragte können sich mit dem Digitalmagazin auf dem Laufenden halten. Und das vier Mal im Jahr. Es hat die bekannte ZB in Papierform abgelöst. Einblick in das neue Konzept bietet ein kleines Video auf der Internetseite der BIH: www.bih.de/bih/

Oder gleich das Magazin kostenlos abonnieren unter www.bih.de/integrationsaemter/zb-magazin/digitales-abo/



KVJS

**Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg**

Postanschrift
Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausanschrift
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 07 11 63 75-0

info@kvjs.de
www.kvjs.de